

Verantwortlicher Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: N. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Welfische Umtriebe.

Die welfischen Umtriebe im Herzogthum Braunschweig treten immer ungesünder zu Tage und verrathen je länger je mehr die innere Verwahrlosung dieser Bewegung mit der Agitation in der Provinz Hannover. Die „Nat.-Lib. Storr.“ schreibt darüber:

„Die braunschweigische Reichspartei“ hat am 8. und 9. d. Mts. unter Theilnahme von hundertfünfzig Welfen einen Parteitag abgehalten und sich dabei zu einer alle Vereinigungen, welche die Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland anstreben, umfassenden Partei erweitert. Bei den Verhandlungen blieb das am weitesten fortgeschrittene welfische Element siegreich, der äußerlich erkennbare Anschlag an die „deutsche Reichspartei“, die bekanntlich im wesentlichen Gegenlage zum Reich steht, wurde lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen widerstritten. Bei diesem Charakter der Versammlung kam es nicht Wunder nehmen, daß sie mit der Abweisung eines Begrüßungsgramms an den Herzog von Cumberland eröffnet und mit einem Hoch auf ihn geschlossen wurde, während von dem Verhältnis zum Reich nur insoweit die Rede war, als der Graf von der Schulenburg-Wechsungen erklärte, die neue Partei solle „nach der Mithilfe des Herzogs“ nicht zusammenfallen, sondern als „eine dauernde politische Partei“ ihre Vertreter wie in den Landtag so in den Reichstag senden, mit anderen Worten eine lediglich den Partikularismus repräsentierende Territorialpartei bilden, wie man sie zur Stunde nur in der Gruppe der Gläser im Reichstage kennt. Für uns hätte es der in dieser Anknüpfung liegenden Befähigung der unbedingten Abweisung der Ansicht, daß die Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland Braunschweig zum kaum mehr angreifbaren Mittelpunkt der reichs- und preußenfeindlichen Treiben der händelverwirrenden Welfen machen würde, durchaus nicht bedurft. Aber die an der Gestaltung der Reichsordnung in Preußen und Deutschland zunächst interessierten und für sie verantwortlichen Vertreter sollten sich aus den erwähnten Vorgängen überzeugen, daß man den Braunschweiger Verhältnissen nicht in einer Weise gerecht geworden ist, wie sie den Interessen des Landes und des Reiches entprochen hätte. Nirgends in Deutschland außerhalb der altpreussischen Provinzen war jemals die Bereitwilligkeit der Bevölkerung, sich — bei verständiger Schonung eingewurter Einrichtungen und Gewohnheiten — in das neue Deutschland einzufügen, größer als bei den Braunschweigern nach dem Tode des Herzogs Wilhelm. Es war auch in Berlin das für Braunschweig zweckmäßigste System richtig erkannt worden, und wenn in der Lösung der Personenfrage ein Mißgriff gethan worden ist, so hätte dieser, abgesehen davon, daß er gut gemacht werden konnte, für sich allein die Dinge noch nicht bis zu dem Punkte gebrachten lassen, daß die welfische Agitation ihr Haupt so, wie es eben in der Braunschweiger Versammlung geschehen, erheben dürfte. Die Anhänger des Herzogs von Cumberland wären schwach und im Dunkel geblieben, wenn sie es ursprünglich in Braunschweig waren, wenn nicht im Lande der Glaube Nahrung gefunden hätte, der starker begünstigt die Thronbesteigung eines Giebels des Welfenhauses, wenn nicht des Herzogs selbst, so doch seines Sohnes. Diesen Ausstellungen gegenüber hat keine autoritative Stelle in Preußen ein Wort des Widerpruchs gefunden. So ist es nicht ungenügend, wenn man sich im Herzogthum auf einen Wechsel, nicht etwa der Person, sondern des Systems selbst in streifen einrichten zu dürfen, ja zu sollen glaubt, denen nichts ferner liegt als der Wunsch nach der Thronbesteigung des Cumberland Trägers des welfischen Protektorgedankens oder seines Sohnes. Es handelt sich nunmehr darum, die Erwartung nicht zum Verlangen zu stärken und die Zuschauer der welfischen Agitation nicht zu Theilnehmern werden zu lassen. Heute ist eine solche Entwicklung noch verhältnismäßig leicht zu verhindern.“

Deutschland.

Berlin, 12. Februar. Prinz Georg von Preußen vollendet heute sein 70. Lebensjahr. Er ist am 12. Februar 1826 zu Düsseldorf als Sohn des Prinzen Friedrich Wilhelm Ludwig geboren. Sein Vater, gestorben am 27. Juni 1863, war ein Bruder des Königs Friedrich Wilhelm III. Prinz Georg, obwohl längst General der Kavallerie, hat niemals militärische, sondern vorzugsweise künstlerische Neigungen gehabt. Es ist bekannt, daß er unter dem Schriftstellersamen Georg Conrad eine Zahl von Dramen verfaßt hat. Auf die Feier des 70. Geburtstages fällt ein Schatten durch die Trauer um den einzigen Bruder, den am 4. Januar verstorbenen Prinzen Alexander.

— Eine Stütze der konservativen im Wahlkreis Gardelegen-Salzwedel, Pastor Schwabkopf, hat dem „Volk“ zufolge an das Bureau der konservativen Partei folgendes Schreiben gerichtet:

„Zu meinem Bedauern sehe ich mich genötigt, in Folge der konstanten Tugenden, der Dankbarkeit und Treue, so gänzlich widersprechenden Verhandlungen des Eisen-Ausschusses am 1. Februar d. J. meinen Austritt aus dem konservativen Wahlverein anzuzeigen.“

— Der Staatssekretär des Reichsschatzkanzlers, Graf v. Posadowski, gab in der Debatte über die Aufhebung der gemischten Transitlager und Mühlenkonten eine Anzahl statistischer Nachrichten, welche zur Beurtheilung des Verkehrs auf den Transit- und Mühlenlagern von höchstem Interesse sind. Nach der Mitteilung des Staatssekretärs befanden sich in Deutschland an 39 Orten gemischte Privat-Transitlager mit zusammen 202 Lagern. In den 129 preussischen Lagern wurden im Jahre 1894 von dem Gesamtbestand an Weizen 30 Prozent, an Roggen 11 Prozent und an Hafer 32 Prozent in das Inland übergeführt; von den 73 Lagern in den übrigen Bundesstaaten gingen sogar von dem Gesamtbestand an Weizen 75 Prozent, an Roggen 53 Prozent und an Hafer 73 Prozent in den inneren Konsum über.

Mühlenkonten bestanden 1894/95 149, von welchen auf Anregung des Herrn Reichsfinanzlers 38 in jüngster Zeit aufgehoben sind. Von dem

Lagerbestand der Mühlenkonten 1894/95 wurden von dem gelagerten Weizen und Roggen 62,40 Prozent dem Inlandkonsum zugeführt. Aus diesen vom Grafen Posadowski mitgetheilten Zahlen ergibt sich die unzweifelhafte Thatsache, daß ein erheblicher Theil der Transitlager und Mühlenkonten, welche lediglich zur Begünstigung des Exports gesetzlich zugelassen sind und nur mit Rücksicht auf ungünstige Konjunkturlagen durch Verzögerung ihren Bestand ausnahmsweise in's Inland bringen sollten, zur Erlangung eines längeren Zolldredits genutzbraucht werden. Es dürfte eine berechtigte Forderung der Landwirtschaft sein, daß solche Lager schleunigst aufgehoben werden. Bei Preisen, wie den gegenwärtigen, sollte eine Einrichtung nicht gebildet werden, welche geeignet erscheint, den Preis des heimischen Getreides zu drücken. Der Staatssekretär des Reichsschatzkanzlers hat in seiner Rede selbst festgestellt, wie aus früheren Verhandlungen des Reichstages ganz unzweifelhaft hervorgeht, daß bei dem Erlaß des Zolltarifgesetzes und der Novelle von 1882 die Absicht fern gelegen habe, durch die gemischten Privattransitlager oder die Mühlenkonten die Einfuhr fremden Getreides durch Abminderung der gesetzlichen Zölle zu begünstigen. Hoffentlich wird auch dem Wunsch des Grafen Schwerin-Löwis stattgegeben werden, daß für die Zukunft eine Statistik über den Stand der gemischten Transitlager und der Mühlenkonten, über ihre Einfuhr und ihre Benutzung zur Kenntniss des Reichstages gebracht und veröffentlicht wird.

— Gleich der Zentrums-Partei des Reichstags ist nunmehr auch der katholische Episkopat mit einem Einspruch gegen die Regelung, die das Gesetz in der bürgerlichen Gesetzgebung einführen hat, hervorgetreten. Zwar liegen uns zunächst nur Nachrichten über ein Vorgehen der preussischen und bayerischen Bischöfe vor; aber es ist kein Zweifel, daß es sich um eine allgemeine Bewegung des Ultramontanismus handelt. Um so mehr muß es auffallen, daß zum Vorgesetzten der Kommission für das bürgerliche Gesetzgebung ein Mitglied des Zentrums, Herr Spahn, gewählt ist. Zwar hat er an der Ausarbeitung des Entwurfs in der zweiten Kommission Theil genommen und seine Rede im Reichstag hat etwas entgegenkommender geklungen, als die seines Fraktionsgenossen. Aber an dem Geherecht des Entwurfs hat doch auch er Anstoß genommen, und der Ultramontanismus, der anderwärts die Zölle toleriert, scheint in Deutschland dieser Frage nach wie vor einen grundsätzlichen Charakter beizubehalten zu wollen. Die zweite auffällige Thatsache ist, daß die erste Sitzung der Kommission erst auf den Donnerstag oder gar auf den Montag nächster Woche eingeufen ist. Aber wenn man hört, was heute verbreitet wird, so kann man wenigstens Vermuthungen darüber aufstellen, welche Gründe für die Verzögerung entscheidend gewesen sind. Während bisher die Mehrzahl der Parteien im Hause an der Ansicht festhielt, daß es möglich sein werde, den Entwurf noch in dieser Tagung zur Verabschiedung zu bringen, wird auf einmal berichtet, die allgemeine Auffassung gehe dahin, daß es nicht möglich sei, dieses Ziel zu erreichen und daß aus diesem Grunde die Tagung nicht geschlossen und der Kommission die Ermächtigung erteilt werden solle, auch in der Zwischenzeit bis zum Herbst zu beraten. Worauf sich diese Meinung stützt, ist noch nicht klar ersichtlich. Uns waren dahingehende Vorschläge bisher nur aus Parteien bekannt geworden, die aus verschiedenen Gründen eine Verzögerung der Entscheidung über das bürgerliche Gesetzgebung für wünschenswert hielten. Jedenfalls sollte von den Freunden der Erledigung des Entwurfs nichts unversucht bleiben, um diesen Wünschen entgegenzuwirken. Die Kommission wird sich schwerlich bei einander gehalten werden können, wenn der Reichstag auseinandergeht, und in der nächsten Tagung würde man um neue Gründe für eine neue Verkleppung nicht verlegen sein. Dem sollte entgegengetritten werden, damit nicht an die zwanzigjährige Arbeit der vorbereitenden Kommission sich noch eine zwanzigjährige Penelopearbeit des Reichstages anschließt.

— Gegen den „Bund der Landwirthe“ schreibt die „Kos. Storr.“:

„In der „Deutschen Tageszeitung“ finden wir einen bemerkenswerthen Aufsatz über „Partei-Veränderungen“. Das genannte Organ des Bundes der Landwirthe geht darin von der Voraussetzung aus, in allen heutigen politischen Parteien, auch in der konservativen, haben „Auseinandergerungen“ stattgefunden, die allerdings verschiedener Art gewesen seien, aber den gemeinsamen Grundzug getragen haben, daß es sich um wirtschaftspolitische Gegensätze oder Meinungsverschiedenheiten handelte. Von solchen „Auseinandergerungen“ innerhalb der konservativen Partei ist uns absolut nichts bekannt; ja wir können sogar bestimmt behaupten, daß innerhalb unserer Partei wirtschaftspolitische Gegensätze oder Meinungsverschiedenheiten nirgends bestehen. Ist so die Voraussetzung, von der die „Deutsche Tageszeitung“ bei ihren Erörterungen ausgegangen ist, unrichtig, so ist auch der daraus gezogene Schluss, es sei notwendig, an Stelle der überlebten Parteien frische Gebilde zu setzen, ein irriger. Die alten historischen Parteibildungen, die einerseits in der konservativen, andererseits in der liberalen Weltanschauung wurzeln, überleben sich nicht, sie stehen, wenn sie ihre Bestimmung recht begreifen, nicht still, sondern sie bilden sich weiter. Sie erfüllen niemals völlig ihre Aufgaben, um dann zu verschwinden, sondern sie erweitern und vervollkommen ihren Wirkungsbereich und schreiben mit der Entwicklung der Menschheit fort. Wie soll nun die neue staatsverhaltende Zukunftspartei, die das Organ des Bundes der Landwirthe herbeiführt, beschaffen sein? Die Antwort lautet: Sie soll in erster Linie national, aber auch christlich und königlich sein; dann aber soll sie in dem Bewußtsein, daß die Muttererde der Wurzelboden des Volkstums und des Staates sei, agrarisch, eine Partei des Mittelstandes, eine Partei der nationalen Arbeit sein. Wenn eine Partei mit einem solchen Programm sich aufbauen wollte, so würde sie gleichwohl nichts weniger als eine Partei der Zukunft sein; denn durch bloße Hervorkehrung materieller Interessen wird eine Einigung niemals erzielt, vielmehr die Leiber heute schon recht bedenkliche Zerküftung nur noch gefördert. Das ist eben der Vorzug der großen geschichtlichen politischen Parteien vor den neuen nur auf besondere

Interessenbetonung begründeten Parteibildungen, daß sie die Gegensätze ausgleichen und den Blick auf das Gemeinwohl zu richten als ihre Hauptaufgabe ansehen. Die „Partei der Zukunft“, die nur den materiellen Interessen dienen wollte, würde schon an dem Bestreben, gleichzeitig eine agrarische, eine Partei des Mittelstandes und eine Partei der nationalen Arbeit zu sein, scheitern. Wir raten der „Deutschen Tageszeitung“, einer neuen Parteibildung, die nur neue Zersplitterungen herbeiführen würde, nicht das Wort zu reden, sondern die deutschen Landwirthe immer zahlreicher zu bewussten Angehörigen der konservativen Weltanschauung zu ziehen zu helfen.“

— Die „Köln. Ztg.“ schreibt: „In seiner jüngsten Rede im Landesausschusse für Geschäftszweigen hat der Staatssekretär v. Buttamer die sehr dankenswerthe Mitteilung gemacht, die bisher in den Reichsländern noch immer gültige französische Preßgesetzgebung solle beseitigt und durch das deutsche Reichspressrecht ersetzt werden. Wir haben noch jüngst diese Frage auch vom Standpunkte der polnischen Presse erörtert und möchten unsere früheren Ausführungen heute nur dahin zusammenfassen, daß wir die Uebertragung des deutschen Preßrechts auf Geschäftszweigen unter allen Umständen für einen politischen Fortschritt halten, freilich mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß wir diesen Fortschritt nur dann für zulässig erachten, wenn gleichzeitig der Regierung die Möglichkeit gegeben wird, mit allem Nachdruck gegen jene, vorzugsweise vom Ausland aus betriebene systematische Brunnenergründung vorzugehen, durch welche eine in fremder Sprache erscheinende Presse die Germanisirung des Landes zu vereiteln oder zu verzögern sucht. Das erfordert schon allein der Gesichtspunkt der eigenen Würde. Man duldet im Lande keinen Ausländer, der gegen das Land, in dem er Gastrecht genießt, Landesverrat oder Aufruhr selbst in unscheinbaren Anfängen zu treiben versucht. Noch forgeramer muß aber in einem Grenzlande, auf das der feindliche Nachbar seine besonderen Ziele gerichtet hat, darauf gesehen werden, daß nicht in ihm durch eine fremdsprachige Presse Zustände erzeugt werden, die für den Frieden des Landes verhängnisvoll werden können. Wir halten es überhaupt für unnötig, daß im Lande tagespolitische Zeitungen in einer andern Sprache als in der deutschen erscheinen und von einem andern Redakteur als einem deutschen Reichsunterthan herausgegeben werden. Selbst die Gesetzgebung der französischen Republik kennt in dieser Richtung keine Nachsicht. Für gewisse Ueberwachungsbedingungen mag gesorgt werden. Aber der Grundzug der deutschen Sprache sollte auf deutschem Boden unter allen Umständen hochgehalten und durchgeführt werden.“

— Osnabrück, 11. Februar. In einer Denkschrift mit dem Motto „Beamtentreu — Lehrersrecht“, die an das Abgeordnetenhaus gerichtet ist, nehmen katholische und evangelische Lehrer des Bezirks gegen die Vorlage über die Lehrerbeförderung Stellung.

— München, 11. Februar. Kammer der Abgeordneten. Bei der heutigen allgemeinen Beratung des Justizgesetzes betonte der Abgeordnete Lerno (Ztr.), in der Zentrums-Partei sei keiner der nicht das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuchs lebhaft wünschte; aber man habe gewisse Bedenken wegen der Stellung der Kirche und wegen der allzu leichten Mobilisirung des Grundbesitzes, zur Beseitigung dieser Bedenken sei eine Kommissionsberatung notwendig gewesen. Er hoffe, daß die Kommission diese Bedenken beseitigen werde, glaube aber nicht, daß die Kommissionsarbeiten sich noch in dieser Reichstagsession erledigen lassen. Dr. Deterer (Ztr.) trat dieser Erklärung bei. Justizminister Freiherr v. Leonrod dankte dem Abgeordneten Lerno für seine Ausführungen und vertheidigte die von den Sozialdemokraten angegriffene Reichsjustiznovelle. In Betreff der Frage, ob die von dem Amerikaner Stern gestellte Skaution in Folge des Amnestie-Erlasses vom 18. Januar d. J. zurückgelegt werden würde, erklärte der Minister, die Skaution sei schon im November v. J. verfallen gewesen und eingezogen worden.

Oesterreich-Ungarn.

— Wien, 11. Februar. Der russische Generalmajor, Graf Golenitschew-Stulow, ist heute Nachmittag hier eingetroffen. Die Weiterreise nach Sofia erfolgt morgen Nachmittag.

— Pest, 11. Februar. Das Abgeordnetenhaus befaßt sich heute ausschließlich mit der Angelegenheit Pulzky. Graf Julius Szapary betonte den Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission und reichte für den Fall, daß dieser Antrag nicht angenommen würde, einen Gesetzentwurf ein, nach welchem das Abgeordnetenhaus das in der Angelegenheit des Museums für die schönen Künste befohlene Vorgehen der früheren und der jetzigen Regierung mißbilligen und die Vorlage der Alten fordern soll. Zur Begründung seines ersten Antrages führte der Redner aus, die Regierung habe durch Anweisung einer größeren Summe für die Erwerbung von Kunstwerken für das Museum ihre Befugnisse überschritten. Unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses erklärte hierauf der Abgeordnete, ehemalige Ministerpräsident, Beker, daß er die volle Verantwortung für das, was er gethan, übernehme, und die politische Solidarität mit seinen früheren Kollegen aufrechterhalte, und erörterte sodann die Frage, ob die frühere Regierung berechtigt war, die in Rede stehenden Summen auszugeben. Die Zustimmung zum Ankauf von Bildern im Werthe von 167.000 Gulden habe er erst gegeben, als das Haus den Vorschlag zur Errichtung eines Museums der schönen Künste bereits angenommen hatte. Die Veranschlagung der für Gemälde bestimmten Gelder vor Verabschiedung des Parlaments sei deshalb erfolgt, weil die Gelegenheit zu Silberankaufen in Folge des Konrathes eines außerordentlich günstige war und die Ankäufe durch eine vorherige parlamentarische Erörterung fideleithet verteuert worden wären. Schon in seinem Berichte, den er im Oktober 1894 der Landeskommision für die Millenniumsfeier überreichte, habe er erklärt, daß die Kosten für das Museum der schönen Künste von 1896 bis 1899 flüssig zu machen sein würden, obwohl die entsprechende Vorlage erst im Jahre 1896 eingebracht wurde. Das Haus sei aber von der Sachlage unterrichtet gewesen. Die Regierung

habe zwar ohne Rechtsbafis, aber im Bewußtsein ihrer Verantwortung gehandelt und hätte, ohne wichtige Interessen zu verletzen, nicht anders handeln können. Einen eigentlichen Schaden habe der Staatschatz auch nicht erlitten, da die angeschafften Kunstgegenstände mehr werth seien, als sie gekostet haben. Im Uebrigen wies Redner darauf hin, daß der Minister die Gemälde durch Sachverständige untersuchen lasse und auch Strafanzeige erstattet habe. Redner bittet jedenfalls den Minister, die für das Museum für schöne Künste bestimmten Kunstwerke auch durch einen ausländischen Fachmann untersuchen zu lassen, und bekämpft sodann noch den Antrag des Grafen Szapary, der mit den gewöhnlichen parlamentarischen Formen unvereinbar sei. Eine materielle Verantwortung könne nur eine Verletzung in den Angelegenheiten zur Folge haben und eine politische Tragweite habe dieser Antrag nicht. „Fallen können wir nicht, denn wir sind ja schon einmal gefallen!“ (Stürmische Heiterkeit.) Graf Szapary sieht sich einer Verurteilung des Redners gegenüber zu einer kurzen Entgegnung veranlaßt, in welcher er darauf hinweist, daß die unter seiner Verwaltung vorgenommenen Mehrausgaben in den Schlussrechnungen ausgewiesen waren, was man von den in Rede stehenden unparlamentarischen Ausgaben nicht behaupten könne. Er habe die unparlamentarischen und die Mehrausgaben stets verurtheilt und, da diejenigen seiner Kollegen, welche diese Beträge verausgabt, nicht die Konsequenzen zogen, habe er es gethan. Den erwähnten Vorwurf weise er also entschieden zurück. — Die Verhandlung wurde sodann auf morgen vertagt.

Frankreich.

— Paris, 11. Februar. Obgleich in der Kammer heute enblich der letzte Tag der Kammer-Debatten gekommen ist, konzentriert sich alle Interesse der politischen Kreise auf den Senat. Dort stand heute die Interpellation des Senators Monnin über das Verhalten des Justizministers Ricard in der Untersuchung wegen der Südbahn-Affäre auf der Tagesordnung. Bekanntlich wurde die Untersuchung dem Untersuchungsrichter Klemper abgenommen und dem neu und angeblich illegal ernannten Richter Poitevin übertragen. Wie weiter bekannt ist, hat der als Zeuge vorgeladene Geminister Moudier einmündig einfach abgelehnt, vor Poitevin zu erscheinen. Die Gegner des Kabinetts behaupten nun, Ricard habe Poitevin ernannt, um ein gefügigeres Werkzeug zu haben. Die heutige Interpellation bildet einen Theil einer ganzen seit einigen Tagen gegen das Kabinet, speziell gegen den Justizminister Ricard geführten Kampagne, für welche wenigstens äußerlich die scheinbar planlose Art, in welcher von allen Seiten Untersuchungen eröffnet werden, die resultatlos verlaufen, den Grund abgibt. Es ist nicht unmöglich, daß das Kabinet dieser Kampagne zum Opfer fällt. Die Senatssitzung beginnt mit einer kurzen Anfrage Monnins über die Gründe und die Details der Entfernung Klemper von der Untersuchung gegen die Südbahn. Justizminister Ricard entgegnet im Wesentlichen, das jetzige Kabinet sei in der Südbahn-Debatte aus Mangel gelangt. Es habe daher besonders die Pflicht gehabt, die Untersuchung zu fördern. Er habe allerdings keinen Rapport eingefordert. Als er gesehen habe, daß die Untersuchung nicht vorwärtsgelange, habe er dem Oberstaatsanwalt gesagt, falls Klemper anderweitig zu sehr beschäftigt sei, solle er ihm die Untersuchung abnehmen. (Unruhe.) Senator Monnin befragt wiederum die Tribüne, ob außerordentlichem Gehalt und großer Verdienst er unter dem Verfall der Mehrheit aus, er sei mit Ricard über die Auffassung des Amtes eines Justizministers nicht einverstanden. Ricard gab Klemper der Nachsichtigkeit bedürftig, dann gatte man den betreffenden Artikel des Cod. gegen Klemper anzuwenden. Ricard habe die Affäre persönlich kontrolliert und damit seine Rolle überschritten. Er habe ein Attestat auf die Gewissenhaftigkeit des Untersuchungsrichters gegeben. Ein Justizminister könne sich nicht nach einander, unter allen Untersuchungsrichtern, ansetzen, der ihm zu Willen sei. Redner werde als guter Republikaner niemals die Hand zu solchen Praktiken unter der Republik reichen. Justizminister Ricard vertieft nunmehr den Rapport des Oberstaatsanwalts, der besagt: bei dem Vorgehen gegen Ricard seien alle Regeln der Jurisprudenz befolgt. Klemper habe die Untersuchungsakten ohne jeden Konflikt abgegeben. (Lärm.)

Senator Vallant bringt folgende Tagesordnung ein: Der Senat beauftragt die bei der Erzeugung des Untersuchungsrichters begangenen Unregelmäßigkeiten und geht zur Tagesordnung über. Nun ergriff Ministerpräsident Bourgeois selbst das Wort und erklärte: Die Regierung verlangt die einfache Tagesordnung und protestirt gegen die Tagesordnung Vallant. Man verjuche aus Vorgehen des Justizministers so darzustellen, als ob dasselbe politischen Untergedanken dienen solle, während es nur die Untersuchung beschleunigen sollte. Wir protestiren und fordern vom Senat, daß er mit uns protestirt, sonst würde man nicht verstehen, zu sagen, daß der Senat und sein Votum die schwebenden Untersuchungen habe verhindern wollen. Wir sind anständige Leute und wollen Licht und Wahrheit, und Sie werden uns nicht die Weidigung anthun, zu glauben, daß wir anderes gesucht. (Beifall bei der Minderheit.) Senator Monnin spricht nochmals und sagt, daß mit den Ständebildern geendet werden müsse, aber die Justiz dürfe nicht in der Verfassung verfahren. (Lebhafte Beifall.) Man habe so sehr alle Regeln der Untersuchung mißbraucht, daß die Skandale, statt aufzuhören, nur größer und zahlreicher geworden seien. Das Gesetz sei immer verletzt und die Verletzung würde noch größer, wenn der Senat schwach genug sei, nicht Justiz zu üben. Darauf wurde unter einer im Senat seltenen Erregung zur Abstimmung geschritten. Die von der Regierung verlangte einfache Tagesordnung wurde mit 158 gegen 85 Stimmen abgelehnt. Die Tagesordnung Vallant mit 161 gegen 67 Stimmen angenommen. Das Kabinet Bourgeois war gefallen. In den Salons hieß es, der radikale Abgeordnete Hubard werde unmittelbar auf Wunsch Bourgeois den Gegenstand in Form einer Interpellation vor die Kammer bringen. Bourgeois erwartet anscheinend mit Recht, bei der Debatte in der Kammer eine Majorität zu finden, die er braucht, um sich nach dem Votum des Senats zu halten.

Justizminister Ricard erschien während der Abstimmung über die Tagesordnung in der Kammer selbst. Die Abstimmung in der Kammer hatten ein für Kammer günstiges Resultat. Nach langem Redefluss über die Eisenbahntendenzen, an dem besonders Pelletan und Kammer theilnahmen, wurde der Antrag auf Verlegung Kammer in den Angelegenheiten mit 378 gegen 73 Stimmen abgelehnt, desgleichen wurde das Tagesvotum gegen Kammer mit 272 gegen 218 Stimmen zurückgewiesen.

— Paris, 11. Februar. In später Abendstunde fand ein Ministerrath statt, um über die Situation zu beraten. Es heißt, Bourgeois wolle Abhand nehmen, selbst die Debatte in der Kammer zu provozieren und wolle das Vorgehen der Gegner des Kabinetts abwarten. Ein Bericht betreffend die Demission Ricards wurde verbreitet, aber vielfach als unwahrscheinlich bezeichnet. Allgemein gilt die Situation des Kabinetts für kritisch.

— Paris, 11. Februar. Der „Jour“ bringt einen offenbar inspirierten Artikel über die Abberufung des Marineattachés de Mandat-Grancey aus Berlin, welcher im Großen und Ganzen das bisher Gesagte bestätigt und ausführt, daß die gesellschaftliche Stellung des Attachés in Berlin eine so außerordentliche war, daß der Botschafter Herbet vor dem Attache in den Hintergrund zu treten fürchtete. De Grancey hat auch direkte Apporthe nach Paris gefandt, in denen er sich nicht nur mit Marineangelegenheiten befaßt, sondern auch seine persönlichen Eindrücke über die allgemeine Politik mittheilt. Darauf hat der Botschafter Herbet die Abberufung des Attachés durchgesetzt. Kaiser Wilhelm habe in der That am 19. Januar an den Attache die mitgetheilten Worte des Bedauerns gerichtet und so laut, daß die Umstehenden die Worte hören mußten. Der Attache habe hinzugefügt: „Ich werde mit Ihrem Botschafter sprechen und die Sache arrangieren.“ Der Kaiser habe darauf mit dem Botschafter Herbet wirklich von der Angelegenheit gesprochen. Herbet habe aber gesagt, er müsse auf der Abberufung bestehen, um Herr auf seiner Botschaft zu bleiben. Das Gespräch sei brüsk abgebrochen worden.

Soweit der „Jour“. Gewöhnlich mit unterrichtete Kreise bleiben dabei, Herbetes bevorstehenden Abtritt anzukündigen, doch erwartet man zumeist die Demission erst für den Anfang des Sommers.

— Paris, 11. Februar. Gutem Vernehmen nach sind die Nachrichten englischen Ursprungs, betreffs eines Aufstandes in Madagaskar, unrichtig, mindestens stark übertrieben. Letzte hier eingetroffene Telegramme schildern die Lage als völlig beruhigend.

Serbien.

— Belgrad, 11. Februar. Der Ministerpräsident erklärte in der Skupstina, die rumänische Regierung habe ihre Einwilligung zu dem Bahnanschlusse an die Timok-Bahn gegeben.

Bulgarien.

— Sofia, 11. Februar. Wie die „Agence Balkanique“ meldet, hat die Regierung aus konstantinopel die offizielle Mitteilung erhalten, daß der Sultan den Prinzen Ferdinand als Souverän von Bulgarien anerkannt und den russischen Botschaftern bei den Großmächten den Auftrag gegeben hat, die betreffenden Regierungen um ihre Zustimmung zu bitten.

— Sofia, 11. Februar. Wie die „Agence Balkanique“ meldet, wird durch einen Alas des Prinzen Ferdinand die Session der Sobranje bis zum 4. Februar a. St. verlängert.

Dem Vernehmen nach hat der Hofmarschall des Prinzen Ferdinand, Graf Joras, seine Entlassung erbeten.

Die russischen Journalisten Stanarow und Amphyturov treffen heute hier ein. Auch aus konstantinopel wird das Eintreffen mehrerer Korrespondenten ausländischer Blätter angekündigt.

Türkei.

— Konstantinopel, 11. Februar. Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge haben die Vermittlungsvorschläge in Zeitum zu einem günstigen Abschlusse geführt.

Der Streit in der Konfektions-Industrie.

Ueber die Bewegung in der Konfektionsbranche ist heute wenig neues zu berichten, in Stettin ist die Lage wenig verändert, die Verhandlungen dauern fort, doch ist gerade mit den ausschlaggebenden Engos-Firmen bisher eine Einigung nicht erzielt, während einige Details-Geschäfte die verlangten Lohnverhöhungen zum Theil bewilligt haben.

Breslau ist die erste Stadt, in welcher eine Einigung erzielt und der Streit nach kurzer Dauer beendet ist, die Arbeitgeber haben eine Lohnverhöhung bewilligt, allerdings erst, nachdem die Arbeitnehmer ihre Forderungen weitestgehend geführt haben.

In Kiel haben sämtliche Inhaber von Konfektionsgeschäften die von der Schneiderorganisation verlangte Erklärung betreffs der Lohnforderung nicht erstattet. Die Arbeitsperre wurde seitens der Konfektionschneider vorläufig nicht beschloffen, sondern nochmals eine Klärung von den Geschäftsinhabern verlangt.

In Berlin haben die Innung der Berliner Damendanzschneider und der Verein der Schneidermeister für Damentkonfektion in außerordentlicher Sitzung beschloffen, gegen die am Sonntag stattgehabte Konzerthaus-Versammlung Front zu machen und voranschreitend am Donnerstag eine große öffentliche Versammlung der Schneidermeister einzuberufen. Zu derselben sollen Regierungsrath Sprenger, Gewerbetariff Schulz, Geh. Rath Prof. Dr. Förster und Referendar Heßcher, sowie die Inhaber der hiesigen Konfektionsfirmen eingeladen werden. Weiter hat sich in einem öffentlichen Aufruf die Vorkommnisse an die gesamte Bevölkerung mit der Bitte um Unterstützung gewandt.

Stettiner Nachrichten.

— Stettin, 12. Februar. Die Erhebung der tarifmäßigen Eisbrechergebühren

